

# Debatte bestärkte Sejm-Positionen

**Die Debatte über Handlungsstrategien zur Stärkung der Rechte von Sorbinnen und Sorben am 3. Juli im Sächsischen Landtag bestärkte den Serbski Sejm in seinen Überlegungen über zukünftige Möglichkeiten, Interessen des sorbischen Volkes in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen zu vertreten.**

**Bautzen** (SN/at). Für die Entscheidung der sächsischen LINKEN, den sorbischen Kandidaten Heiko Kosel auf den 60., letzten Listenplatz für die Wahl des Sächsischen Landtages am 1. September zu nominieren, haben die Mitglieder des Serbski Sejm kein Verständnis. Sie empfinden dieses minderheitenpolitisch unsensible Votum als Affront gegen ihre Vereinigung. Schließlich sei Kosel auch gewählter Abgeordneter und Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses des Serbski Sejm, heißt es von dort. Damit hat die seit 1994 beobachtete sinkende Bereitschaft der politischen Parteien in Sachsen, Sorben aussichtsreich auf ihren Landeslisten zu platzieren, einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Auf diesen Sachverhalt bezieht sich ein Beschluss vom 15. Juni, auf den der Serbski Sejm mit Blick auf die Debatte

im Sächsischen Landtag verweist. Darin heißt es, dass das Versprechen der fünf Parteien des ersten sächsischen Landesparlaments nach 1990 ein weiteres Mal gebrochen wurde, sorbischen Kandidaten und Kandidatinnen stets sichere Listenplätze zu gewähren.

Aus diesem Grund spricht sich der Serbski Sejm dafür aus, die Staatsverträge zur Verwirklichung einer Kultur- und Bildungsautonomie des sorbischen Volkes mit Sachsen, Brandenburg und dem Bund zügig zu realisieren. Wieder auf die politische Tagesordnung zu setzen sei eine gesonderte Wahl sorbischer Abgeordneter in den Sächsischen Landtag, wie es bei der Erarbeitung der sächsischen Verfassung Anfang der 1990er-Jahre zunächst vorgesehen war. Der Sejm fordert zudem, im sächsischen Wahlgesetz analog zu den Regelungen im Bundeswahlgesetz und den Landeswahlgesetzen von Schleswig-Holstein und Brandenburg politische Parteien der Sorben von der Fünfprozenthürde zu befreien.

Der Ausschuss Verfassung/Recht des Serbski Sejm soll nun Schritte und Verhandlungen für ein geeignetes Beteiligungsmodell in Sachsen wie auch Brandenburg vorbereiten.